

# Positionspapier der Mitglieder des Nationalen Beirats für die EU-Programme Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps zur neuen Generation der EU-Jugendprogramme 2028-2034

Die Zwischenevaluierungen der EU-Programme Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps haben vielfältige positive Wirkungen auf der individuellen, strukturellen und gesellschaftlichen Ebene gezeigt. Die beiden Programme besitzen ein großes Potenzial für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa und die Verwirklichung der europäischen Werte, wie sie in Artikel 2 im Vertrag der Europäischen Union festgehalten sind.

Die EU-Jugendprogramme sind zudem unabdingbar für die Verfolgung der Anliegen und Ziele der europäischen Jugendpolitik und tragen als wesentliche Instrumente zu ihrer erfolgreichen Umsetzung bei. Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie ist ohne die durch die Programme ermöglichten Lernmobilitäten, Projekte sowie die Angebote zum Austausch, Kapazitätsaufbau, zur Qualitätsentwicklung und Netzwerkbildung nicht denkbar.

Alleinstellungsmerkmal von Erasmus+ Jugend ist es, die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen nachhaltig unter anderem durch nicht-formale Lernerfahrungen zu stärken. Das Programm ist das Instrument, um einerseits auf europäischer Ebene einen Mehrwert in der Jugendarbeit zu erzielen und andererseits das freiwillige demokratische Engagement junger Menschen in Europa zu stärken. Junge Menschen schätzen am Programm besonders, dass durch seine Möglichkeiten ihre sozialen und interkulturellen Kompetenzen, Sprachkenntnisse, das europäische Wertebewusstsein und das selbstgesteuerte nicht-formale Lernen sowie ein Austausch der jungen Generation zu gesellschaftlichen, sozialen und politischen Themen in Europa gestärkt werden.

Das Europäische Solidaritätskorps leistet einen unmittelbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa und fördert das ehrenamtliche Engagement junger Menschen in der Gesellschaft auf der lokalen Ebene und darüber hinaus. Solidarität als zentrales Ziel des Programms entspricht der aktuellen gesellschaftlichen Relevanz und stärkt die Haltung zu europäischen Werten als Fundament der Europäischen Union.

Erasmus+ Jugend und das Europäische Solidaritätskorps ergänzen sich in ihrer Relevanz. Sie müssen den zukünftigen politischen Leitlinien der EU-Kommission entsprechen und durch Ziele gekennzeichnet sein, die in der neuen Programmgeneration stärker und prioritätär in den Fokus genommen werden sollen: der eigenständige und jugendspezifische Beitrag der Programme zur Entwicklung und Stärkung von mehr Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt in Europa. Als solches müssen und können die beiden Programme als eigenständige Jugendprogramme oder als sichtbares Jugendkapitel in Erasmus+ ein deutliches Signal an alle jungen Menschen bis 30 Jahre in Europa senden, dass ihre aktive Beteiligung gewollt, erwünscht und erforderlich ist.

Hieraus ergeben sich folgende Empfehlungen für die Zukunft der EU-Jugendprogramme:

- **Stärkung der EU-Jugendprogramme**

Auf der Basis der bisherigen Erfahrungen und im Wissen um die Wirkungen und des vorhandenen Potenzials der EU-Jugendprogramme sind diese fortzuführen und weiterzuentwickeln. Die Wortmarke „Erasmus+ Jugend“ soll erhalten bleiben und eine deutlich an junge Menschen gerichtete Erkennbarkeit haben. Hierzu gehört auch der Erhalt eines eigenständigen Jugendkapitels im Programm Erasmus+.

- **Bedeutung der nicht-formalen und informellen Bildung**

Die EU-Jugendprogramme schaffen Freiräume für nicht-formale und informelle Lernerfahrungen. Diese Lernerfahrungen tragen, über eine ausschließlich beschäftigungspolitische Ausrichtung hinaus, wesentlich dazu bei, die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten junger Menschen zu fördern. Sie stärken die Schlüsselqualifikationen junger Menschen und empowern sie für eine aktive Teilhabe in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Lernerfahrungen können sich sowohl auf den Erwerb beruflicher als auch auf gesellschaftliche und soziale Kompetenzen beziehen.

Sie spielen durch die Förderung demokratischer Kompetenzen, kritischen Denkens, politischer Bildung und des interkulturellen Austauschs sowie durch die Ermutigung zum gesellschaftlichen Engagement eine zentrale Rolle zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zum Erhalt der Demokratie. Diese Potenziale gilt es auch zukünftig zu nutzen und möglichst vielen jungen Menschen zusätzlich zu formalen Bildungsangeboten zugänglich zu machen.

- **Demokratische Werte und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

In Zeiten zunehmender Nationalismen, bedrohter Demokratien und kritischer Europa-Stimmen ist die bewusste Auseinandersetzung mit Europa, der Europäischen Union und deren Werten wichtig. Die EU-Jugendprogramme schaffen Begegnungsräume für junge Menschen aus verschiedenen Ländern und tragen dazu bei, ein Verständnis für die Lebensrealität anderer Europäer\*innen zu schaffen. Sie stärken darüber hinaus die Vernetzung und Zusammenarbeit von Organisationen und unterstützen dadurch die europäische Idee und transnationale Kooperation.

Die Programme tragen somit zum sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Mitgliedstaaten und in Europa bei. Sie sind zentrale Instrumente zum Erhalt, zur Stärkung und Verteidigung demokratischer Werte in Europa. Sie sollen auch in Zukunft ein unverzichtbarer Baustein für die Entwicklung einer europäischen Identität und eines gemeinsamen europäischen Selbstbewusstseins sein.

- **Jugendbeteiligung bei der Programmentwicklung und -umsetzung**

Voraussetzung für eine wirksame Ausrichtung der Programme ist eine breite und echte Beteiligung junger Menschen und ihrer demokratischen jugendverbändlichen Vertretungen an der Gestaltung und Umsetzung der Programme auf allen Ebenen. Dafür müssen schon jetzt flexible, verlässliche Beteiligungsformate von der lokalen bis zur europäischen Ebene gemeinsam mit jungen Menschen entwickelt, eingerichtet und umgesetzt werden. In den Mitgliedstaaten sollten eigenständige Jugendbeiräte mit transparenten Strukturen zur Begleitung der Programmumsetzung bei den Nationalen Agenturen eingerichtet werden.

- **Kooperation mit nicht-assozierten Ländern**

Die deutsche Trägerlandschaft hat mit Hilfe der EU-Jugendprogramme seit Jahrzehnten positive Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Jugendarbeit und Jugendpolitik gesammelt. Dieser europäische Austausch erstreckt sich auch über die EU hinaus und trägt dort nachhaltig zu Verständigung, Toleranz und dem Zusammenhalt in einem weitergedachten Europa bei. Im Sinne der Solidarität, des Einstehens für europäische Werte und Ideale sowie der jugendpolitischen und fachlichen Zusammenarbeit über die Grenzen der Europäischen Union hinaus, muss die Beteiligung von Partnerländern und nicht-assozierten Ländern an den Programmen künftig in größerem Umfang ermöglicht werden.

- **Vielfalt an Förderformaten und bessere Zugänglichkeit**

Vielfältige und kohärente Förderformate in den EU-Jugendprogrammen sind wichtig. Sie entsprechen den Rahmenbedingungen der Jugendarbeit in Europa und ermöglichen es, ein breites Spektrum an Angeboten für verschiedenste junge Menschen bereitzustellen. Die Aktivitäten und Formate in den Jugendprogrammen sind in ihrer Vielfalt beizubehalten und weiterzuentwickeln, dabei sollten sie sich stets an der Zielgruppe junger Menschen und ihren unterschiedlichen und spezifischen Bedürfnissen orientieren. So muss die Zugänglichkeit zu den Programmen deutlich verbessert werden, um insbesondere junge Menschen zu erreichen, die bislang keinen oder einen nur unzureichenden Zugang zu den Programmen haben.

- **Programmprioritäten**

Die vier Prioritäten der Jugendprogramme „Inklusion und Vielfalt“, „Partizipation“, „Digitaler Wandel“ sowie „Umwelt und Bekämpfung des Klimawandels“ entsprechen aktuellen Bedarfen und sollten genauso wie die Förderung der europäischen Dimension in der Jugendarbeit fortgeführt werden. Gleichzeitig sollte es möglich sein, auf gesellschaftliche Entwicklungen und neue Herausforderungen flexibel reagieren zu können, um die Relevanz und Wirksamkeit der Programme sicherzustellen.

- **Sicherung der finanziellen Ausstattung zur programmgerechten Umsetzung**

Die EU-Jugendprogramme brauchen eine bedarfsgerechte, krisenfeste, dynamisierte Finanzierung, die sowohl die Auswirkungen der Inflation als auch sich wandelnde Anforderungen an die Programmumsetzung mit Blick auf die Nutzer\*innen im Sinne einer konsequenten Zielgruppenorientierung berücksichtigt.

- **Vereinfachung der Antrags- und Verwaltungsverfahren**

Mit Blick auf den Zugang eines breiten und differenzierten Spektrums von Zielgruppen, die Beteiligung von kleinen und großen Einrichtungen aus der Kinder- und Jugendhilfe, dem Engagement-Bereich sowie der Zivilgesellschaft müssen das Antragsverfahren sowie die Programmverwaltung und -abrechnung unbedingt benutzerfreundlicher werden. Hierfür muss sichergestellt werden, dass die Beantragung und Projektabrechnung umfangreich entbürokratisiert werden, IT-Tools uneingeschränkt und fehlerfrei funktionstüchtig sind, Verträge gekürzt und in allen EU-Amtssprachen zur Verfügung gestellt werden und eine Proportionalität zwischen beantragtem Projektvolumen und administrativem Aufwand herbeigeführt wird.

Das Antragsverfahren muss so umgestaltet werden, dass auch junge Menschen tatsächlich in die Lage versetzt werden, selbst Anträge schreiben und bewältigen zu können.



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Freien  
Wohlfahrtspflege



C.A.P  
Centrum für angewandte Politikforschung  
Forschungsgruppe Jugend und Europa



KOOPERATIONSVERBUND  
JUGENDSOZIALARBEIT



Der Nationale Beirat berät das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSJ) in der Umsetzung der EU-Programme Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps.

Die Bundesländer schließen sich dem Positionspapier an:



**Baden-Württemberg**

**Bayerisches Staatsministerium für  
Familie, Arbeit und Soziales**



Die Senatorin für Arbeit, Soziales,  
Jugend und Integration



**Freie  
Hansestadt  
Bremen**



**Niedersächsisches Ministerium  
für Soziales, Arbeit, Gesundheit  
und Gleichstellung**

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,  
Gleichstellung, Flucht und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen



**RheinlandPfalz**



Großes entsteht immer im Kleinen.



**SACHSEN-ANHALT**

Ministerium für  
Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Gleichstellung



**#moderndenken**



**Schleswig-Holstein**  
Ministerium für Soziales, Jugend,  
Familie, Senioren, Integration  
und Gleichstellung

**Freistaat  
Thüringen**

